

Rundbrief September III 2022

Belegte Begriffe - Apartheid & Co

Liebe DPG-Mitglieder, liebe Leserin, lieber Leser,

seit über 100 Jahren um sein Recht auf Heimat und Selbstbestimmung gebracht wird das palästinensische Volk belogen und betrogen, wieder und wieder auf zukünftige Verhandlungen vertröstet, fortwährend besetzt und unterdrückt.

Das völkerrechtlich verankerte Recht auf Widerstand und Rückkehr der PalästinenserInnen wird als „Terror“ diffamiert und gewaltsam unterdrückt. Dabei gleicht besonders das Leben im Gazastreifen dem Leben in einem regelrecht offenen Gefängnis: ohne Hoffnung auf Bewegungsfreiheit und Aussicht auf eine bessere Zukunft.

Das Leben in allen von Israel seit mehr als fünfzig Jahren völkerrechtswidrig besetzten Gebieten wird von einer Militärregierung ohne den geringsten Anschein demokratischer Legitimation bestimmt. Ihre brutalen Methoden und menschenverachtenden Maßnahmen sind in aller Welt bekannt, dazu gehören unter anderem:

- Verhaftung von Männern, Frauen und Kindern ohne Anklage oder Gerichtsurteile
- Sprengung von Häusern und Zerstörung palästinensischer Infrastruktur
- Beschlagnahme von Eigentum, Land und Boden
- Vertreibung von palästinensischen Familien aus den eigenen Wohnungen
- Deportierung von Menschen
- Ansiedlung der eigenen jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten
- gezielte Tötung von PalästinenserInnen auf purem Verdacht. Die Täter müssen keine Strafverfolgung befürchten!
- nächtliche Razzien in palästinensischen Städten und Dörfern
- systematischer Versuch der Auslöschung der palästinensischen Identität
- Sperranlagen und Mauerbau
- Kriminalisierung von palästinensischen Nichtregierungsorganisationen zur Schwächung der Zivilgesellschaft
- ständige Kontrolle und Bespitzelung durch israelische Geheimdienste sowie sog. „Sicherheitszusammenarbeit“ der Palästinensischen Autonomiebehörde mit Israel
- willkürliche Verhängung von Verboten wie Ausgangssperren und Einrichtung militärischer Sperrzonen, fliegender militärischer Checkpoints usw.
- Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Erteilung von Arbeits- und Besuchsvisa

- Schaffung von zwei unterschiedlichen Rechtssystemen zur Benachteiligung der PalästinenserInnen
- gezielte Behinderung von Presse und Medien bis hin zu Tötung von JournalistInnen und Kameraleuten. Die Ermordung von Shireen Abu Aqleh, die in aller Welt Empörung ausgelöst hat, ist dabei „nur“ ein Fall unter vielen. Bekanntermaßen ist Israel sehr auf seine Selbstinszenierung „als einzige Demokratie im Nahen Osten“ bedacht und will deshalb seine Verbrechen vor den Augen der Weltöffentlichkeit verstecken bzw. diese vertuschen

All dies ist der deutschen Politik bekannt.

All dies wird jedoch nicht scharf verurteilt, geschweige denn sanktioniert.

All dies wird vielmehr durch Weggucken geduldet, oft sogar mit dem Hinweis auf das vorgeschobene israelische Recht auf Selbstverteidigung entschuldigt.

Versucht man diese Verbrechen zu umschreiben und sie anderen Menschen begreiflich zu machen, dann wird man bei der Verwendung mancher Begriffe, sofort gestoppt, da diese bereits als ‚belegt‘ gelten. Die PalästinenserInnen und ihre UnterstützerInnen haben in Deutschland kaum die Chance, bestimmte Begriffe zu verwenden, ohne sofort Widerspruch zu erregen. Das Schicksal der während des Nazi-Regimes verfolgten und brutal ermordeten Juden – so die in Politik und Medien hierzulande herrschende Lehre – verbiete es, jedweden Vergleich anzustellen.

Die Einmaligkeit des Holocaust und die Vergleichbarkeit mit anderen Völkermorden thematisiert Gerrit Deuschländer. „Trotz zahlreicher Parallelen zu anderen Völkermorden zeigt sich die Besonderheit des Holocaust darin, dass er eine spezifische inhumane Radikalität erreichte, die den Opfern ihr Mensch-Sein absprach und sie damit in einer historisch beispiellosen Weise erniedrigte.“

Die israelische Politik hat es verstanden, diese den PalästinenserInnen und ihren UnterstützerInnen quasi verbotenen Begriffe, für sich allein zu beanspruchen, sie öffentlichkeitswirksam zu verwenden und politisch zu instrumentalisieren:

- Die Aufforderung, die völkerrechtswidrig errichteten jüdischen Siedlungen zu räumen wird mit der Aussage, die Gebiete sollten- in zynischer Anspielung auf den Nazijargon- „judenfrei“ gemacht werden, polemisch erwidert.
- Der Ruf, Boykotte und Sanktionen auf Israel zu verhängen mit „Kauft nicht bei Juden“ wird wiederum bewusst sinnentstellt und als Nazi-Forderung diffamiert.

Dabei haben die PalästinenserInnen in ihrem Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung eine eigenständige Sprache hervorgebracht, die als Teil der palästinensischen Identität weltweite Bedeutung erlangt hat. Folgende Begriffe stehen emblematisch für den Befreiungskampf der PalästinenserInnen und werden in vielen Sprachen der Welt sofort verstanden:

- **NAKBA** - Katastrophe - Vertreibung und Flucht der PalästinenserInnen 1948
- **NAKSA** - Tag des Rückschlags und der Eroberung der Westbank und des Gazastreifens, Ost-Jerusalems und der Golanhöhen durch Israel im Jahr 1967
- **INTIFADA** – Palästinensischer Aufstand gegen Israel
- **SUMOUD** – Auf das eigene Land und das eigene Recht beharren
- **SAMIDOUN** – Wir halten durch und bestehen auf das eigene Land
- **IHTILAL** – Besatzung

Mittlerweile wird sogar die Verwendung des arabischen Begriffes **NAKBA** als israelfeindlich ausgelegt, während **SHOA** der entsprechende hebräische Begriff für „Katastrophe“, Eingang in die deutsche Sprache gefunden hat und sich seit einiger Zeit wie selbstverständlich gegenüber dem als veraltet geltenden Begriff „Holocaust“ durchgesetzt hat.

Der palästinensische und weltweit unterstützte Appell, Israel zu sanktionieren und in den völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebieten hergestellte Waren zu boykottieren, wird von der deutschen Politik als antisemitisch diskreditiert.

Der Deutsche Bundestag verurteilte in seiner Mehrheitsentschließung vom 17. Mai 2019 die BDS-Kampagne als antisemitisch und stellte deren Aufruf zum Boykott von israelischen Waren, Unternehmen, Wissenschaftlern, Künstlern und Sportlern auf eine Stufe mit der unter dem berühmten Slogan „Kauft nicht bei Juden“ 1933 in Deutschland einsetzenden Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der Nazis gegen die Juden! In den Augen der deutschen Politik erscheint gegenüber diesem „Menschheitsverbrechen“ die verbrecherische Besatzungspolitik der Israelis in Palästina nicht nur als „quantité négligeable“, sondern sie stellt damit den weltweit unterstützten Widerstand der PalästinenserInnen in die Nazi-Ecke!

Deutsche PolitikerInnen wie gerade jüngst Bundeskanzler Olaf Scholz bestreiten entsprechend durchgängig und vehement, dass es eine staatlich verordnete systematische Benachteiligung der PalästinenserInnen auf allen Ebenen gibt, dass in Israel also ein Apartheidregime herrscht. Sie ignorieren damit wohl ganz bewusst die Aussagen nicht nur von vielen kritischen jüdischen Israelis, sondern setzen sich über die fundierten Untersuchungsergebnisse international anerkannter Institutionen wie AMNESTY INTERNATIONAL hinweg und richten nun den Antisemitismusvorwurf auch gegen diese selbst, eben weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Dabei untermauert die israelische Politik mit der Verabschiedung des „Nationalstaatsgesetz“ vom 19. Juli 2018 ihre Festlegung auf Einteilung seiner Bevölkerung in Juden und Nicht-Juden. Durchgehend wird das jüdische Kollektivrecht auf das gesamte Land betont. Artikel 1 ignoriert bewusst die palästinensische Bevölkerung, die immerhin 20% der Einwohner in Israel ausmacht und spricht exklusiv den Juden das Recht auf das Land und Selbstbestimmung zu.

Nationalstaatsgesetz - 1. Grundprinzipien

„Das Land Israel, in dem der Staat Israel gegründet wurde, ist die historische Heimat des jüdischen Volkes. Dieser Staat Israel ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes, in dem es sein Recht auf nationale, kulturelle, historische und religiöse Selbstbestimmung ausübt. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist im Staat Israel einzigartig für das jüdische Volk.“

Wer hier keine Apartheid erkennt, muss wohl das Gegenteil erst belegen oder den nachfolgenden Bericht lesen!

Siehe auch **Palästina-Journal Ausgabe 18 – Juni 2022**

https://dpg-netz.de/wp-content/uploads/Pal%C3%A4stinaJournal/palaestina-journal_18.pdf

Israels Ex-Botschafter - „Was in Palästina geschieht, ist Apartheid“

Zwei ehemalige Botschafter Israels für Südafrika appellieren an den Ökumenischen Rat der Kirchen, Israels Siedlungspolitik als Apartheid zu verurteilen. Ein Kommentar von **Ilan Baruch** und **Dr. Alon Liel**:

Als ehemalige israelische Botschafter in Südafrika erfuhren wir die Realität von Apartheid und die Schrecken, die sie verursachte, aus erster Hand. Wir haben damals mit eigenen Augen gesehen, wie die Opfer und ihre Verbündeten gegen diese Ungerechtigkeit gekämpft haben. Und wie die Welt sich ihnen allmählich im Kampf für die Beendigung der Apartheid in Südafrika angeschlossen hat.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung steigt unsere Beunruhigung über die Realität im Westjordanland sowie in Ostjerusalem, wo wir die Apartheid, wie wir aus Südafrika kannten, heute im sprichwörtlichen eigenen Hinterhof wiederfinden. Als zwei Israelis, die ihr ganzes Berufsleben der Vertretung von Israels Interessen gewidmet haben, ist es für uns schmerzlich mitanzusehen, wie unser Land diese Ungerechtigkeiten heute in den besetzten palästinensischen Gebieten weiterführt.

Wir teilen die traurige, aber richtige Einschätzung mit der des südafrikanischen Bischofs Frank Chikane und anderen Mitgliedern der Untersuchungsmission des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), zu der sie während ihres Besuchs in Israel und Palästina Anfang dieses Jahres gekommen sind. Von ihnen erfuhren wir, dass dieser Tage die ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe tagt, wo unter anderem eine Resolution zur israelischen Apartheid diskutiert werden soll.

Großteil des Westens schweigt zur Realität in den palästinensischen Gebieten

Wir hoffen, dass die Mitglieder der Vollversammlung die Realität in den besetzten palästinensischen Gebieten als das anerkennen, was sie ist: als Apartheid. Sie würden damit einen entscheidenden Schritt zur Förderung von Ehrlichkeit und Gerechtigkeit leisten, während ein Großteil der westlichen Welt weiterhin dazu schweigt. Seit mehr als einem halben Jahrhundert arbeitet Israel daran, sowohl die Geografie als auch die Demografie der besetzten palästinensischen Gebiete durch expansive Siedlungspolitik zu verändern – eine Politik, die nach internationalem Recht illegal ist.

Jene Siedlungen befinden sich zwischen und um palästinensische Gemeinden herum, wodurch in der palästinensischen Bevölkerung sogenannte Enklaven entstehen. Durch die Isolierung jener Gemeinden in dichte, zersplitterte Nester hält Israel die unerwünschte Bevölkerung in Schach und verschärft seine Kontrolle über sie – eine frappierende Ähnlichkeit mit den Bantustans der südafrikanischen Apartheid.

Die vollständige geografische Zersplitterung des Westjordanlandes verhindert, was man als „territoriale Kontinuität“ der Palästinenser bezeichnen könnte – die Möglichkeit eines zusammenhängenden palästinensischen Gebiets. Sie lässt keinen Zweifel an Israels Absicht, die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern und seine Militärherrschaft über die Palästinenser zu verfestigen. Apartheid wird im Westjordanland darüber hinaus auch durch ein duales Rechtssystem verfestigt. Während die israelischen Siedler unter israelischem Zivilrecht mit vollen bürgerlichen und politischen Rechten leben, stehen die

Palästinenser auf demselben Landstrich unter Militärrecht und haben keinen Einfluss auf das über sie herrschende Organ.

Zwei Rechtssysteme, nach ethnischen Kriterien

Kann die Politik der Trennung und eines zweistufigen Rechtssystems, das auf nationaler und ethnischer Diskriminierung beruht, etwas anderes sein als Apartheid? Prominente israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen wie Yesh Din, Human Rights Watch und Amnesty International sind nach eingehender Untersuchung zu dem Schluss gekommen, dass das Verbrechen der Apartheid gemäß der Definition im Römischen Statut in den besetzten palästinensischen Gebieten begangen wird.

Es muss außerdem betont werden, dass es nicht antisemitisch ist, Israels Behandlung der Palästinenser als Apartheid zu bezeichnen. Als jüdische Israelis sind wir der Auffassung, dass die Instrumentalisierung des Antisemitismus zur Erreichung eines politischen Ziels eine glasklare Missachtung des Begriffs darstellt. Wir sind zudem besorgt über den Versuch der deutschen Regierung, den ÖRK unter Druck zu setzen, eine Resolution zur israelischen Apartheid zu verhindern.

Israel entfernt sich von der Vision der Gründerväter

Jene Intervention erfolgt angeblich zur Unterstützung Israels, führt aber in Wirklichkeit dazu, dass Israel sich immer weiter von der demokratischen Vision seiner Gründerväter entfernt. Es ist an der Zeit, dass die Kirchen weltweit und die Freunde Israels erkennen, dass sich wiederholt, was wir vor Jahrzehnten in Südafrika erlebt haben.

Nachdem wir miterlebt haben, welche entscheidende Rolle die Kirche bei der Beseitigung der Apartheid in Südafrika gespielt hat, ermutigt es uns, dass sich ihre wichtigsten Akteure Jahrzehnte später – da das Thema Apartheid noch immer aktuell ist – weiterhin gegen Ungerechtigkeit einsetzen.

Wir hoffen, dass der Rest der internationalen Gemeinschaft, einschließlich Deutschlands, entschlossene diplomatische Maßnahmen ergreifen wird, um die Apartheid in den besetzten palästinensischen Gebieten zu beenden und eine Zukunft in Gleichheit, Würde und Sicherheit für Palästinenser und Israelis gleichermaßen zu schaffen.



Kommentar in der Berliner Zeitung vom 06.09.2022
Alon Liel (l.) und Ilan Baruch (r.) *Twitter*

Ilan Baruch diente als israelischer Botschafter in Südafrika, Namibia, Botswana und Simbabwe.
Dr. Alon Liel diente als israelischer Botschafter in Südafrika und als Generaldirektor des israelischen Außenministeriums.

Workshop - Medienarbeit

Montag 3.10.2022

9:00 - 15:00 Uhr (Vereinsöffentlich) – Koptisches Kloster Höxter

1. Vortrag - Jörg Helge Wagner
2. Gruppenarbeit
3. Zusammenfassung
4. Verschiedenes

In dem Workshop sollen fundierte Kenntnisse vermittelt und erworben werden, wie Pressemitteilungen, Leserbriefe und Berichte erstellt und an die Medien erfolgreich versendet werden.

Teilnehmergebühr

Verpflegung pro Person

Kaffee und Kuchen, Abendessen, Frühstück, Mittagessen, Kaffee **40,00 EUR**

Übernachtung im Einzelzimmer **35,00 EUR**

Übernachtung im Doppelzimmer **27,00 EUR**

Teilnahme am Montag ohne Übernachtung **15,00 EUR**

Anmeldung durch Überweisung des Teilnehmerbetrages auf das o.g. Konto
Stichwort Workshop

Ausstellung - Graffitikunst in Bethlehem

Bildervortrag über „Graffitikunst in Bethlehem“ anlässlich der Finissage der Ausstellung am 1.10.22, 18.00 Uhr im Café Buchoase, Kassel:

ARTISTIC RESPONSES TO REPRESSION. GRAFFITYKUNST AUS BETHLEHEM.

Fotoausstellung von Ursula Mindermann. Eröffnung am 23. Juni 2022 - 1. Oktober 2022 im Café Buch-Oase in Kassel-West, Germaniastr. 14. Mehr unter: www.cafebuchoase.de

Die Mauer in Bethlehem gehört auch wegen der Graffities neben der Geburtskirche zum zweithäufigsten von Touristen besuchten Ort. Eine Mauer, die Menschen, Orte und Straßen trennt. Eine Mauer, die vor Gewalt schützen soll und selber zu Gewalt geworden ist. Und trotzdem ist dieses Bollwerk Mauer ein Kunstobjekt, welches mit besonderem Blick betrachtet werden kann.



In 20 Bildern richtet sich der Blickwinkel auf einen Teil der Lebenswirklichkeit in Palästina, künstlerisch ausdrucksstark in Graffities festgehalten auf Beton.

Ursula Mindermann, Vizepräsidentin der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, ist durch zahlreiche Besuche in Israel und Palästina sensibilisiert für die Situation in den palästinensischen Gebieten. Als Fotografin nahm sie an deutschen und internationalen Ausstellungen teil und seit 2018 im Board of Trustees des „Network of Photographers for Palestine“ mit Sitz in Edinburgh.

Die Ausstellung ist während der weltweit bedeutendsten Ausstellung zeitgenössischer Kunst Documenta fifteen (d15) zu sehen.

Öffnungszeiten: dienstags bis sonntags 14 - 18 Uhr.